

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

18. WP - 29. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 15. Januar 2014, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 139 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hauke Göttisch (CDU)

Vorsitzender

Klaus Jensen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Dr. Gitta Trauernicht (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Lars Winter (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) EU-Strukturfonds	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1217	
b) Bericht der Landesregierung aus den betroffenen Ministerien für Agrar und Umwelt sowie Wirtschaft über ihre Vorstellungen zur Mittelverwendung der Gelder aus der zweiten Säule der GAP in der bevorstehenden Förderperiode	
Antrag des Abg. Heiner Rickers (CDU) Umdruck 18/2234	
2. Existenz der Ostseefischer erhalten	7
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/603	
Schweinswale schützen - Existenz der Fischer erhalten	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/665 - selbstständig -	
3. Landesförderung für Katzenkastrationen	9
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1289	
4. Entwicklungen auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt	10
Umdruck 18/2140	
5. Moratorium für Fracking in Schleswig-Holstein	11
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/570	
Kein Fracking in Schleswig-Holstein!	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/671 - selbstständig -	

-
- 6. Strategie für mehr heimische Eiweißpflanzen entwickeln** 13
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 18/1386](#)
- Antrag des Abg. Bernd Voss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf Beratung im
Rahmen der Selbstbefassung
[Umdruck 18/2229](#)
- 7. a) Bericht der Landesregierung zur BHV1-Sanierung der Rinderbestände in
Schleswig-Holstein** 14
- Antrag des Abg. Bernd Voss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
[Umdruck 18/2228](#)
- b) Bericht der Landesregierung zur BHV1-Sanierung der Rinderbestände in
Schleswig-Holstein und das geplante weitere Vorgehen - insbesondere die
Einschränkungen für betroffene Betriebe**
- Antrag des Abg. Heiner Rickers (CDU)
[Umdruck 18/2218](#)
- 8. Bericht der Landesregierung zu den Ergebnissen des Besuchs einer russi-
schen Delegation zur Milchexport-Thematik** 16
- Antrag des Abg. Heiner Rickers (CDU)
[Umdruck 18/2219](#)
- 9. Umsetzung der Richtlinie 2008/120/EG über die Mindestanforderungen für
den Schutz von Schweinen in Schleswig-Holstein** 18
- Antrag der Abg. Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)
[Umdruck 18/2236](#)
- 10. Verschiedenes** 19
- 11. Änderung des Landesjagdgesetzes** 20
- hier: Ausführliche Stellungnahme der Kommission der Europäischen Gemein-
schaft
- (nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 2 GeschO)

Der Vorsitzende, Abg. Götsch, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) EU-Strukturfonds

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1217](#)

(überwiesen am 22. November 2013 an den **Finanzausschuss** und alle weiteren Ausschüsse)

b) Bericht der Landesregierung aus den betroffenen Ministerien für Agrar und Umwelt sowie Wirtschaft über ihre Vorstellungen zur Mittelverwendung der Gelder aus der zweiten Säule der GAP in der bevorstehenden Förderperiode

Antrag des Abg. Heiner Rickers (CDU)

[Umdruck 18/2234](#)

hierzu: [Umdruck 18/2291](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, trägt die Schwerpunkte der Verwendung der ELER-Mittel in seinem Verantwortungsbereich vor (siehe [Umdruck 18/2291](#)).

Zum Bereich der AktivRegionen stellt er klar, dass alle Maßnahmen, die unter einem Finanzvolumen von 2 Millionen €lägen, über GAK finanziert würden.

Abg. Rickers bedauert, dass er in den bisherigen Prozess nicht eingebunden gewesen sei. Er hält eine ausführliche Diskussion der von der Landesregierung vorgesehenen Maßnahmen für notwendig, um auch Vorschläge aus dem politischen Bereich einbinden zu können.

Minister Dr. Habeck bietet ausführliche Informationen durch Mitarbeiter des Ministeriums in den Fraktionen an. Er erläutert, Ziel der Maßnahmen sei, Konflikte einzudämmen.

Zur Vorbereitung von Beratungen bitten Abg. Rickers und Dr. Trauernicht um die Zuleitung einer Auflistung der in der vergangenen Förderperiode abgeflossenen beziehungsweise gebundenen Mittel.

Der Ausschuss kommt überein, sich in seiner nächsten Sitzung über die Vorstellung zur Mittelverwendung der Gelder aus der zweiten Säule der GAP in der bevorstehenden Förderperiode zu beschäftigen.

Er empfiehlt sodann dem federführenden Finanzausschuss, den Bericht der Landesregierung, EU-Strukturfonds, [Drucksache 18/1217](#), zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Existenz der Ostseefischer erhalten

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/603](#)

Schweinswale schützen - Existenz der Fischer erhalten

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/665](#) - selbstständig -

(überwiesen am 21. März 2013)

hier: Bericht des Ministeriums über die freiwillige Vereinbarung zum Schutz
von Schweinswalen und Tauchenten

Auf eine Frage des Abg. Kumbartzky antwortet Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, dass es sich bei der zum Schutz von Schweinswalen und Tauchenten in der Ostsee geschlossene Vereinbarung zwischen den Fischereiverbänden, dem Ostseeinfo-Center Eckernförde und dem Ministerium um eine freiwillige Vereinbarung handele, die keinen juristisch vollziehbaren Charakter habe. Das Ministerium habe aber durchaus Überprüfungsmöglichkeiten. Gegen die Nichteinhaltung der Vereinbarung könne nicht geklagt werden. Die öffentliche Äußerung des NABU verstehe er so, dass sie sich auf die Nichteinhaltung der FFH-Standards beziehe.

Minister Dr. Habeck berichtet, nach Auswertung der Anhörung zur KüFO sei klar gewesen, dass der Weg, der einen fachlich hinreichenden Schutz von Schweinswalen und Taucherenten gewährleisten würde, politisch kaum getragen werden könne. Die Fischer hätten in Gesprächen vorgeschlagen, freiwillig Maßnahmen durchzuführen. Diese seien nunmehr vereinbart worden.

Erstens solle zum Schutz von in Schleswig-Holstein überwinterten tauchenden Meeresenten die Stellnetzfischerei im Winter in bevorzugten Nahrungsgebieten der Meeresenten eingestellt werden.

Zweitens. Zum Schutz von Schweinswalen gebe es in den Sommermonaten eine deutliche Reduzierung der erlaubten Stellnetzlängen um 60 bis 80 % gegenüber dem geltenden EU-Recht.

Drittens solle das Ostsee-Informationszentrum als Schalt- und Kommunikationsstelle ausgebaut werden.

Viertens hätten sich die Fischereiverbände bereit erklärt, aktiv bei der Erprobung von alternativen Fangmethoden teilzunehmen. Sie hätten sich ebenfalls dazu bereit erklärt, Beifänge abzuliefern, sodass diese untersucht werden könnten. Diese Methoden sollten evaluiert werden.

Die Kritik der Naturschutzverbände richte sich weniger gegen den Inhalt der Vereinbarung als gegen die Form. Er glaube, dass es eine gute Chance gebe, die Inhalte durchzusetzen.

Der Vorsitzende hält den eingeschlagenen Weg für richtig.

Abg. Beer bezieht sich auf die Antwort auf eine von ihr gestellte Kleine Anfrage ([Umdruck 18/1447](#)) und kritisiert die nach ihrer Auffassung nicht aussagekräftigen Antworten. Minister Dr. Habeck legt dazu dar entweder funktioniere die mit den Fischern getroffene Vereinbarung oder sie funktioniere nicht. Nach seiner Auffassung sähen sich die Verbände in der Pflicht, die Vereinbarung mit Leben zu erfüllen. Er sei zuversichtlich, dass sie von den Fischern umgesetzt werde. Bereits im nächsten Sommer könne festgestellt werden, ob die Vereinbarung eingehalten worden sei. Ziel sei, den Beifang von Schweinswalen und Taucherenten zu reduzieren. Aus den Untersuchungen der abgegebenen beigefangenen Tiere könnten möglicherweise weitere Rückschlüsse auf eine mögliche erforderliche Änderung von Fangmethoden gezogen werden.

Abg. Winter begrüßt den Abschluss der freiwilligen Vereinbarung und bittet das Ministerium, dem Ausschuss zu gegebener Zeit erneut zu berichten.

Abg. Jensen gibt seiner Anerkennung über die freiwillige Vereinbarung Ausdruck und seine Meinung kund, er gehe davon aus, dass die Vereinbarung eingehalten werde.

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, ihm zu gegebener Zeit einen entsprechenden Bericht zu erstatten.

Er empfiehlt dem Landtag sodann einstimmig mit Zustimmung der jeweiligen Antragssteller, die Anträge [Drucksachen 18/603](#) und 18/665 für erledigt zu erklären.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Landesförderung für Katzenkastrationen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1289](#)

(überwiesen am 20. November 2013)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, legt dar, der Ansatz der Landesregierung sei der, eine Subdelegationsverordnung zu erlassen. Kreise sollten so die Möglichkeit halten zu regeln, dass privat gehaltene Katzen nur noch kastriert Freilauf erhalten dürften.

Herr Zacher, Leiter des Referats Tierschutz im MELUR, weist auf eine Frage aus dem Ausschuss darauf hin, dass es sich bei der Honorarordnung für Tierärzte um eine Bundesregelung handele. § 13 d) des Tierschutzgesetzes biete eine Lösungsmöglichkeit des derzeitigen Problems. Danach könnten Katzen, die einer verwilderten Katzenpopulation angehörten, eingefangen, kastriert und wieder freigelassen werden. Einen Zuwachs der Katzenpopulation gebe es auch über Katzen aus Haushalten, die wenig beaufsichtigt würden. Katzenhalter könnten verpflichtet werden, Katzen nur dann rauszulassen, wenn sie kastriert und gechippt seien. Das Land habe vor, eine Subdelegationsverordnung herauszugeben und den Kommunen anheim zu stellen, eine entsprechende Verordnung zu erlassen.

Der Ausschuss kommt sodann überein, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Als Termin für die Anhörung nimmt er Donnerstag, 13. Februar 2014, 13:30 Uhr, in Aussicht.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwicklungen auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt

[Umdruck 18/2140](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, geht auf die Problematik der steigenden Pachtpreise ein und legt dar, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern seien Arbeitsgruppen zu diesem Thema gebildet worden. Die Ergebnisse sollten in die Überlegungen in Schleswig-Holstein einbezogen werden. Im Übrigen bleibe er im Gespräch mit den Bauern.

In der folgenden kurzen Diskussion werden folgende Maßnahmen angesprochen: Vorkaufsrechte für die Landgesellschaft nicht nur für bedürftige Betriebe, Wegfall der „doppelten Grunderwerbsteuer“, Vollerwerbs- und Nebenerwerbslandwirte.

Frau Plambeck, Leiterin des Referats Rechtsangelegenheiten, Spruchstelle Flurbereinigung im MELUR, berichtet, dass das Thema auch im Bund diskutiert werde. Beabsichtigt sei, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten. Bereits zum Herbst sollten erste Ergebnisse präsentiert werden. Grundsätzlich sei zu entscheiden, welche Ziele verfolgt werden sollten.

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, über das Ergebnis der Diskussion auf Bundesebene zu berichten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Moratorium für Fracking in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/570](#)

Kein Fracking in Schleswig-Holstein!

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/671](#) - selbstständig -

(überwiesen am 21. März 2013)

Abg. Beer plädiert vor dem Hintergrund der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene für die Annahme des Antrags der Fraktion der PIRATEN.

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, erinnert an die Aufstellung des Landesentwicklungsplans, der genutzt werden solle, um eine Veränderungssperre für Fracking herbeizuführen. Vorgesehen sei auch ein Moratorium. Der Kabinettsbeschluss sei für Februar 2014 geplant. Er weist ferner auf die Koalitionsvereinbarung in Hessen hin, wonach ein Verbot von Fracking im Bundesgebiet angestrebt werde.

Er berichtet, eine Prüfung der Kosten für den Aufbau eines eigenen Landesbergamtes habe Folgendes ergeben:

Auf der Grundlage des Personaleinsatzes in 2012 betragen die Personalkosten rund 1,2 Millionen € jährlich. Die anteiligen Kosten an dem Landesbergamt in Niedersachsen betragen rund 430.000 €. Vor diesem Hintergrund habe er sich gegen den Aufbau eines eigenen Landesbergamtes in Schleswig-Holstein entschieden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der Vertreterin der PIRATEN, den Antrag [Drucksache 18/570](#) abzulehnen.

Im Folgenden diskutiert der Ausschuss kurz über den selbstständigen Änderungsantrag der Regierungskoalition, [Drucksache 18/671](#), und zwar insbesondere über die Interpretation des

Wortes „Fracking“ im zweiten Absatz. Abg. Rickers hält diesen Begriff für zu weit gefasst. Abg. Fritzen plädiert, um dem Antrag mehr Gewicht zu verleihen, für eine gemeinsame Haltung des Landtages vergleichbar mit der in der letzten Wahlperiode zu Fracking und CSS, die bundesweit Auswirkungen gehabt hätten. Im Rahmen der Diskussion wird vorgeschlagen, den Begriff „Fracking“ durch die Wörter „Fracking unter Einsatz von toxischen Frackfluiden“ zu ersetzen.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung beschließt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der CDU, dem Landtag die unveränderte Annahme des selbstständigen Änderungsantrags [Drucksache 18/671](#) zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Strategie für mehr heimische Eiweißpflanzen entwickeln

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 18/1386](#)

Antrag des Abg. Bernd Voss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf Beratung im
Rahmen der Selbstbefassung

[Umdruck 18/2229](#)

Abg. Voß erinnert an die Plenardebatte sowie an die dahin gehende Zusage, das Thema im Ausschuss zu erörtern. Vor diesem Hintergrund habe er den Antrag gestellt, den Antrag [Drucksache 18/1386](#), der vom Landtag angenommen worden sei, im Rahmen der Selbstbefassung auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen.

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, schildert kurz den derzeitigen Stand der Überlegungen der Landesregierung.

Abg. Eickhoff-Weber macht deutlich, das Anliegen ihrer Fraktion sei, das Futtermittel Eiweiß wissenschaftlich besser als bisher zu ergründen.

Der Ausschuss verständigt sich sodann darauf, die Landesregierung zu bitten, ihm zu gegebener Zeit einen Sachstandsbericht zu erteilen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Bericht der Landesregierung zur BHV1-Sanierung der Rinderbestände in Schleswig-Holstein

Antrag des Abg. Bernd Voss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
[Umdruck 18/2228](#)

b) Bericht der Landesregierung zur BHV1-Sanierung der Rinderbestände in Schleswig-Holstein und das geplante weitere Vorgehen - insbesondere die Einschränkungen für betroffene Betriebe

Antrag des Abg. Heiner Rickers (CDU)
[Umdruck 18/2218](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, gibt einen Überblick über die BHV1-Sanierung in Schleswig-Holstein sowie die vorgesehene Änderung der BHV1-Landesverordnung in 2014 mit den darin vorgesehenen Maßnahmen (siehe [Umdruck 18/2266](#)).

Im Laufe der folgenden Diskussion macht Minister Dr. Habeck deutlich, er halte die Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen für notwendig, um das angestrebte Ziel, nämlich in 2017 BHV1-frei zu sein, erreichen zu können. Dies sei Voraussetzung, um mit anderen BHV1-freien Bereichen in der Bundesrepublik Handel treiben zu können.

Es folgt eine intensive Diskussion über einzelne Ausgestaltungen der geplanten Maßnahmen und Ausnahmeregelungen zur Vermeidung unbilliger Härten. Die Antworten auf mündlich gestellte Fragen sind im Wesentlichen [Umdruck 18/2266](#) zu entnehmen.

Im Rahmen der Diskussion wird auch die Frage aufgeworfen, ob eine Verlegung des Zeitpunkts des Beginns des Weideverbotes für nicht freie Betriebe entweder in das Frühjahr oder in den Herbst sinnvoll ist. Die Vertreter des Ministeriums begründen die Sinnhaftigkeit des vorgesehenen Zeitplans und machen darauf aufmerksam, dass dieser den Züchtern genügend Zeit gebe, sich auf die Situation einzustellen. Außerdem seien der Gesichtspunkt der Reinfektion sowie das Problem von unbilligen Härten berücksichtigt.

Der Vorschlag, positive Tiere im Stall zu lassen und BHV1-freie Tiere auf die Weide zu lassen, wird von den Vertretern der Landesregierung abgelehnt. Dadurch fehle den Betrieben der Anreiz, infizierte Tiere zu entfernen.

Abg. Eickhoff-Weber bittet das Ministerium, die Ausschussmitglieder bei solch komplexen Vorhaben frühzeitig zu informieren.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zu den Ergebnissen des Besuchs einer russischen Delegation zur Milchexport-Thematik

Antrag des Abg. Heiner Rickers (CDU)

[Umdruck 18/2219](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, berichtet, seit 2010 habe es einen dramatischen Einbruch von Exporten in die Russische Föderation gegeben. Die Art und Weise, in der die Kontrollen der Russischen Föderation durchgeführt würden, wiesen darauf hin, dass es nicht nur um die Sache gehe, sondern diese Kontrollen auch einen politischen Hintergrund hätten, nämlich die, den Handel in die Russische Föderation einzuschränken.

Zu der konkreten Untersuchung der Russischen Delegation führt er aus, dass noch kein endgültiges Ergebnis vorliege. Eine konkrete Aussage darüber, ob es zu einem Exportstopp kommen werde, könne er derzeit nicht treffen. Er rechne allerdings in Kürze mit der Vorlage des endgültigen Ergebnisses.

Auf Fragen des Abg. Rickers legt Minister Dr. Habeck dar, dass die Anforderungen der Russischen Föderation zum Teil widersprüchlich zu den Anforderungen der Europäischen Kommission seien. Versucht worden sei, die Forderungen der Russischen Föderation zu erfüllen. Frau Dr. Jüptner, Leiterin des Referats Schlacht tier- und Fleischhygiene, Überwachung im MELUR, ergänzt, dass alle im Vorfeld in den Betrieben gefundenen Mängel abgestellt worden seien. Das MELUR führe die Betriebe an das Recht der Russischen Föderation heran, das sich zum Teil erheblich von dem der EU unterscheide. Herr Dr. Sturm, Leiter des Referats Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, Futtermittel und Vermarktungsnormen im MELUR, fügt hinzu, die Geschäftsführer der zu untersuchenden Betriebe seien eingeladen und auf die Bedeutung des Besuchs sowie das Recht der Russischen Föderation hingewiesen worden.

Minister Dr. Habeck gibt bekannt, dass nach dem Besuch drei Fleischbetriebe für den Export in die Russische Föderation gesperrt worden seien.

Vom Vorsitzenden nach den festgestellten Mängeln befragt, legt Frau Dr. Jüptner dar, dass diese sehr unterschiedlich seien. Zum Teil habe es Mängel gegeben, die auch das Ministerium als nicht dem Recht der Russischen Föderation entsprechend eingestuft hätte, obwohl die Be-

triebe entsprechend vorbereitet gewesen seien. Es seien aber auch Mängel festgestellt worden, die sie nicht habe nachvollziehen können.

Minister Dr. Habeck sagt zu, dem Ausschuss zu gegebener Zeit erneut zu berichten.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Umsetzung der Richtlinie 2008/120/EG über die Mindestanforderungen
für den Schutz von Schweinen in Schleswig-Holstein**

Antrag der Abg. Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

[Umdruck 18/2236](#)

Abg. Eickhoff-Weber bittet, schriftlich zu berichten und den Punkt auf die nächste Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses zu setzen. - Der Ausschuss stimmt dem zu.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Der Vorsitzende berichtet von einer Einladung der Stiftung Naturschutz im ersten Halbjahr 2014.

b) Der Vorsitzende berichtet von möglichen Problemen bezüglich der Endsendung von zwei Mitarbeitern der Verbraucherzentrale in den Qualitätsausschuss. Minister Dr. Habeck sagt zu, schriftlich oder im Rahmen der Grünen Woche zu berichten.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Änderung des Landesjagdgesetzes

hier: Ausführliche Stellungnahme der Kommission der Europäischen Gemeinschaft

Der Ausschuss berät in nicht öffentlicher Sitzung gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 2 GeschO (siehe nicht öffentlicher Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende, Abg. Göttisch, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:30 Uhr.

gez. Hauke Göttisch
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin